

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Jahrbuch für das Oldenburger Münsterland

Vechta, Oldb, 1969-

Hans Georg Niesel: Rahmenbedingungen und Perspektiven zur Standortentwicklung und Arbeitsförderung im Oldenburger Münsterland

urn:nbn:de:gbv:45:1-5285

Hans Georg Niesel

Rahmenbedingungen und Perspektiven zur Standortentwicklung und Arbeitsför- derung im Oldenburger Münsterland

Die Städte und Gemeinden besitzen die Möglichkeit, die strukturellen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen so zu gestalten, daß sich Industrie, Gewerbe, Handel, Handwerk, Landwirtschaft und Dienstleistung vor Ort positiv entwickeln können. Hierfür sind gewisse Voraussetzungen zu erfüllen, um Betriebserweiterungen und Neuansiedlungen zu erleichtern sowie Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen.

Allgemeine Rahmenbedingung ist - wie im Oldenburger Münsterland gegeben - eine günstige, d.h. nicht überalterte *Bevölkerung* sowie eine grundlegende Aufgeschlossenheit der Einwohner für gewerblich-industrielle Entwicklungsvorgänge, die sich auch in der Kommunalpolitik widerspiegelt. Bodenständigkeit, Strebsamkeit und Fleiß unserer Bevölkerung sind in diesem Zusammenhang ebenfalls zu nennen. Einen positiven Einfluß üben nach wie vor Kirche, Vereine und Verbände als Förderer des menschlichen Miteinanders und sozialen Eingebundenseins in die Gemeinschaft aus, woraus sich wiederum Geborgenheit als wesentliche Voraussetzung für unsere *Lebensqualität* ergibt.

Eine gute *Infrastruktur* in den Bereichen Einkaufen, Gesundheitsvorsorge, Wohnen, Bildung, Sport, Freizeit und Kultur wirkt sich auf die wirtschaftliche Entwicklung eines Ortes ebenfalls positiv aus. Aber auch die familiären Rahmenbedingungen, Kinderfreundlichkeit, Nachbarschaftspflege und Familienförderung haben Bedeutung für die Entwicklung einer Gemeinde. Zu erwähnen sind ebenso vielfältige Schul- und Freizeitangebote, ein bedarfsgerechtes Kindergartenangebot, Tagesmüttermodell, Familienbildungseinrichtungen, Wohnen im Grünen bei erschwinglichen Bodenpreisen.

Eine besondere Anziehungskraft auf ansiedlungs- und investitionswillige Betriebe üben *wirtschaftsbezogene Rahmenbedingungen* und Infra-

struktur aus. Hier spielen günstige Verkehrsanbindungen, qualifizierte, leistungsbereite Arbeitskräfte, Baulandbevorratung, rechtzeitige Baulandausweisung und -erschließung sowie vertretbare Bodenpreise eine wichtige Rolle. (Letzteres wird den Städten und Gemeinden allerdings durch hohe Kaufpreiserwartungen der Grundeigentümer und vielfältige Auflagen aus dem Naturschutz zunehmend erschwert.)

Autobahnanschluß, Nähe zum Absatzmarkt, Bahnanschluß, eine leistungsfähige Ver- und Entsorgung, berufliche Weiterbildungsangebote sind ebenfalls wichtige *Standortfaktoren*. Kommunale Investitionen im Straßenbau, in der Dorferneuerung, der Abwasserbeseitigung, für den Wohnungsbau, den Schul- und Sportstättenbau und die Naherholung wirken sich wirtschaftsfördernd und arbeitsfördernd aus. Gerade in Rezessionsphasen sind die Kommunen aufgefordert, bei Einsparungen im personellen und konsumtiven Bereich Aufträge und Maßnahmen zu tätigen, die den Arbeitsmarkt bestimmter Wirtschaftsbereiche beleben. Als besondere wirtschaftsbezogene Strukturverbesserungen haben sich die *Ortskernsanierungen* nach dem Städtebauförderungsrecht erwiesen, vor allem im Hinblick auf Einkaufsqualität und innerstädtische Aufenthaltsatmosphäre. Zum anderen wirkten sich die hier getätigten öffentlichen Ausgaben von Bund, Land und Gemeinden mit weiteren privaten Anschlußinvestitionen wirtschaftsbelebend und arbeitsfördernd, vor allem im Hoch- und Tiefbau, aus.

Man muß annehmen, daß der *Verdrängungswettbewerb* innerhalb der Städte und Gemeinden zunehmen wird. Angesichts der Konkurrenz auf der „grünen Wiese“ kann der Facheinzelhandel nur bestehen, wenn er sich in Verbundgruppen zusammenschließt und bei der Warenbeschaffung wie beim unternehmerischen Marketing-Know-how neue Wege geht, sein Sortiment profiliert und dem Kunden einen zusätzlichen Service („After-Sales-Service“) anbietet. Die Städte und Gemeinden ihrerseits sind aufgerufen, ergänzende Verkaufsflächen in der Ortsmitte auszuweisen sowie Fachmärkte, ggf. ein SB-Warenhaus und eine Markthalle anzusiedeln. Die Innenstädte und Ortsmitten müssen als Mischung aus attraktiven Fachgeschäften mit großzügigen Öffnungszeiten, freundlicher Gastronomie, qualifizierten und vielfältigen Dienstleistungen, Freizeit, Bildung und Kultur gezielt weiterentwickelt werden.

Angesichts selten werdender Ansiedlung neuer Betriebe hat die sogenannte *Bestandspflege* gegenüber der örtlichen Wirtschaft einen beson-

deren arbeitssichernden und -fördernden Stellenwert. Sie setzt allerdings partnerschaftliche Kontakte zwischen der Kommune und den ortsansässigen Firmen sowie Vertrauen und das Wissen um betriebliche Abläufe und Probleme voraus. Hier sind *Gewerbestrukturuntersuchungen* und *Innenstadtentwicklungskonzepte* hilfreich, um zum einen Engpässe und Flächenbedarf der Betriebe sowie zum anderen die städtebaulichen Ziele im Einzelnen zu erkennen.

Betriebliche Engpässe meistern helfen, Betriebsentwicklungen durch Flächenreservierungen und Optionen fördern, Immissionsprobleme mittels vorausschauender städtebaulicher Planung vermeiden, frühzeitige Beratung von Fachbehörden vermitteln, schnelle Entscheidungen herbeiführen sind wesentliche Aspekte der kommunalen Bestandspflege. Gerade in unseren überschaubaren Gemeinwesen im Oldenburger Münsterland mit ihren vielschichtigen Kontaktmöglichkeiten liegen die Voraussetzungen für eine effektive Bestandspflege vor.

Wir können uns freuen, daß Gewerbeansiedlung und Wirtschaftsförderung heute auch in den kleineren Gemeinden unserer Region erfolgreich betrieben und so die Mittelzentren entlastet werden. Planungen wie die großflächigen *Gewerbe- und Dienstleistungsparks* in Neuenkirchen-Vörden und Drantum/Emstek sind von daher nur zu begrüßen. Autobahn, Online und Internet machen erfreulicherweise auch den Standort auf dem Lande attraktiv.

Kommunale Entwicklungspolitik und Wirtschaftsförderung müssen heute vor allem innovations-, umwelt- und technologieorientiert sein. Die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft hängt weitgehend vom *Innovationsverhalten* der Unternehmen ab, neue verbesserte Produkte und Verfahren zu entwickeln und zu vermarkten. *Förderung des Technologietransfers* bedeutet gleichzeitig Förderung des Innovationsprozesses. Deshalb sind alle Anstrengungen erforderlich, den Einsatz moderner Technologien voranzubringen sowie einen ständigen Dialog zwischen Wirtschaft und Wissenschaft in Gang zu setzen.

Als Kommunen im ländlichen Raum sollten wir uns verstärkt um zukunfts- und wirtschaftsorientierte Strukturen mit langfristiger Perspektive bemühen. Dieses gilt u.a. für die berufliche Qualifikationsförderung vor Ort, wie sie insbesondere von den berufsbildenden Schulen, der IHK, den Bildungswerken, den Kreishandwerkerschaften und dem Arbeitsamt angeboten werden. Die Beseitigung von Qualifizierungsengpässen im technologischen Bereich bedarf des besonderen

politischen Augenmerkes. Sie ist unerläßliche Voraussetzung für die ständige Umsetzung neuer Technologien, für wirtschaftliche Innovation und damit auch für zusätzliche *Beschäftigungsimpulse*, die gerade von den neuen Technologien ausgelöst werden.

Moderne *Informations- und Kommunikationstechniken* (IuK) bieten Innovationspotentiale in nahezu allen Bereichen der Wirtschaft und Verwaltung. Nachdem sie lange Zeit fast ausschließlich von der Wissenschaft genutzt wurden, hat die Wirtschaft mittlerweile die Vorteile der IuK-Technologie über Internet und Intranet erkannt. Die Verfügbarkeit von Informationen wird schon in den nächsten Jahren zu einem entscheidenden Produktionsfaktor in Wirtschaft und Verwaltung werden, der eine Vielzahl neuer, interessanter Arbeitsplätze mit sich bringt, zu denen insbesondere auch Teilzeit- oder Heimarbeitsplätze gehören.

Als kommunale Standort- und Entwicklungsfaktoren spielen für das Wirtschafts- und Arbeitsleben das regionale und örtliche *Wirtschaftsklima*, die Dynamik der Kommunen und eine berechenbare, langfristig angelegte Politik eine entscheidende Rolle. Keinesfalls kann heute allein über Grundstückspreise, Gewerbesteuerhebesätze oder gar in kurzfristiger Subventionskonkurrenz der Gemeinden untereinander erfolgreiche Wirtschafts- und Arbeitsförderung betrieben werden. Die mangelnde Förderung sowie die Finanznot des Bundes und des Landes stellen die Kommunen des ländlichen Raumes allerdings vor erhebliche Probleme. Auch der im Rahmen der EU-Harmonisierung zu erwartende Wegfall der Gewerbesteuer wird ggf. die Motivation der Kommunen, Betriebe anzusiedeln, negativ beeinflussen. Andererseits ist es in Anbetracht schwindender Ressourcen und des Gebotes sparsamen Landschaftsverbrauches ohnehin ratsam, eine *Entwicklungspolitik* mit Augenmaß, an den nachrückenden Jahrgängen und damit weitgehend am Eigenbedarf orientiert bei gleichzeitiger Beachtung ökologischer Belange zu betreiben. Dabei sind Diversifizierung und Vervollständigung der örtlichen Branchenstruktur und die *Stärkung des Eigenpotentials* wichtig, um ggf. die Auswirkungen wirtschaftlicher Rezessionen abmildern zu können.

Der Herausforderung der Arbeitslosigkeit in unserer Region kann nur mit einer *Weiterentwicklung des Dienstleistungssektors, der Umwelt- und Kommunikationstechniken* sowie verstärkter Koordination der kommunalen Wirtschaftsförderung unter Einbeziehung der Unternehmer

und vertrauensvoller überörtlicher Kooperation begegnet werden. Die in den letzten Jahren gebildeten Wirtschaftsförderungsvereine, Stadtmarketing und Unternehmerforen, der Verbund Oldenburger Münsterland und das „Städtequartett Damme, Diepholz, Lohne, Vechta“ gehen in diese Richtung.

Die Städte und Gemeinden im Oldenburger Münsterland sollten sich angesichts eines in immer größeren Regionen denkenden Europa miteinander und gemeinsam mit den Landkreisen intensiv darum bemühen, unser Image weiter zu verbessern und eine echte *regionale Wirtschaftsförderungskonzeption* erarbeiten. Ferner haben wir uns in Anbetracht der bis zum Jahr 2010 zu erwartenden Verdoppelung des Güterverkehrs (insbesondere aufgrund vermehrter Produktionsverlagerungen unserer Betriebe nach Osteuropa) um einen baldigen Ausbau der A 1 und die *Erhaltung der Bahnstrecken* für den Güterverkehr zu kümmern. Für den Schienenpersonennahverkehr brauchen wir einen leistungsfähigen regionalen Verkehrsverbund zu bedarfsgerechten ökonomischen Bedingungen. Schließlich müssen wir uns mit Nachdruck um die zivile Nutzung der Fliegerhorste Ahlhorn und Diepholz für den internationalen Geschäftsverkehr bemühen.

Die hohe Identifikation unserer heimischen mittelständischen Unternehmer mit ihren Gemeinwesen, ihre Findigkeit und ihr Engagement, die Bodenständigkeit und der Fleiß unserer hiesigen Arbeitskräfte sowie die allgemein günstigen Rahmenbedingungen im Oldenburger Münsterland sollten uns Mut machen, auch das nächste Jahrtausend hoffnungsvoll, mit Kreativität und Elan anzugehen.

Engelbert Beckermann

Gut gerüstet für die Zukunft – Das allgemeinbildende Schulwesen im Oldenburger Münsterland

Um das Fazit vorwegzunehmen: Das allgemeinbildende Schulwesen im Oldenburger Münsterland braucht in seiner Struktur, in der personellen und sächlichen Ausstattung der Schulen und im Qualifikationsniveau seiner Absolventen den Vergleich mit anderen ländlichen Regionen oder auch mit den städtischen Ballungszentren der Bundesrepublik Deutschland nicht zu scheuen. Wer vor 50 Jahren ein solches Urteil abgegeben hätte, wäre dafür außerhalb des Oldenburger Münsterlandes nur mitleidig belächelt worden - galten doch die beiden „schwarzen“ Landkreise Süoldenburgs mit ihren „Zwergschulen“ bei vielen Bildungspolitikern jener Zeit als klassische Beispiele für Rückständigkeit im Schulwesen.

Geprägt wurde das Bild des Schulwesens im Oldenburger Münsterland der 50er Jahre von den ein- oder zweiklassigen Volksschulen auf dem Lande, in denen die Schülerinnen und Schüler aller acht Jahrgänge gemeinsam oder aber getrennt nach „Unterklasse“ (1. - 4. Schj.) und „Oberklasse“ (5. - 8. Schj.) unterrichtet wurden. Erst 1962 wurde das 9. Schuljahr an den Volksschulen eingerichtet. In bewußter Anknüpfung an die süoldenburgische Schulstruktur der Weimarer Zeit wurden diese Volksschulen in der Regel als katholische Bekenntnisschulen geführt. Neben den Volksschulen gab es in den Städten und größeren Gemeinden des Oldenburger Münsterlandes „Bürgerschulen“ bzw. „Mittelschulen“, die als Vorläufer der heutigen Realschulen eine „Mittlere Reife“ anstrebten und sich auch als Zubringer für Späteinsteiger bei den Gymnasien verstanden, die es nur in den beiden Kreisstädten Cloppenburg und Vechta gab. Der Weg zum Gymnasium ab Klasse 5 war freilich vielen begabten Schülerinnen und Schülern wegen langer Anfahrtswege, wegen des erhöhten Kostenaufwandes, wegen rigider Aufnahmeprüfungen oder auch wegen der geringen Bildungserwartun-